

Wahlprüfstein DIE LINKE

dlz agrarmagazin
München

EU-Agrarpolitik

Das dlz agrarmagazin, eine der führenden deutschen Monatsschrift für die Landwirtschaft, aus dem DLV Verlag in München möchte die Antworten von jeweils einem Agrarpolitiker aller deutschen Parteien im Europaparlament zu den folgenden Fragen veröffentlichen:

europäische Agrarpolitik

1. In der kommenden Sitzungsperiode wird über die EU-Agrarpolitik nach 2013 entschieden. Für welchen Kurs treten Sie ein? (Stichworte: Umschichtung der Finanzmittel in die 2. Säule, Kürzung des Agrarbudgets, höhere CC-Auflagen)

Die notwendigen Agrarbeihilfen sind künftig zielgenauer auf nachhaltige Landnutzungskonzepte und Existenz sichernde Arbeitsplätze auszurichten. Dabei muss eine Kürzung des Agrarbudgets vermieden werden. Statt die Betriebe gegen die Dörfer und kleinen Städte auszuspielen werden bedarfsgerecht ausgestattete, leicht zugängliche, vor Ort verwaltete Regionalbudgets gebraucht. CC-Auflagen müssen Sinn machen.

2. Wie werden Sie das durch den Vertrag von Lissabon gestärkte Mitspracherecht des Europaparlaments in der Agrarpolitik nutzen?

Die LINKE wird im Fachausschuss die sozialen und ökologischen Interessen der deutschen Landwirtschaftsbetriebe sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher konsequent in die Debatte einbringen. Wir setzen uns dafür ein, diskriminierende Entscheidungen des Rates oder der Kommission durch parlamentarische Mehrheiten zu verhindern bzw. zu korrigieren. Das gilt zum Beispiel für die Benachteiligung bestimmter Agrar-Strukturen, insbesondere in Ostdeutschland, ungerechtfertigte Kürzungen des Agrarbudgets oder Eingriffe in nationale Anbauverbote oder Zulassungen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO).

3. Wie stehen Sie zur grünen Gentechnik? (Stichworte: nationale bzw. regionale Anbauverbote, Futtermittelimport)

DIE LINKE setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei ein. Die Agro-Gentechnik ist riskant, teuer und vertieft die Abhängigkeiten von internationalen Saatgutkonzernen. Auf dem Weg dorthin unterstützen wir gentechnikfreie Regionen und Initiativen. Nationale Anbauverbote wären ein erster Schritt hin zu einem europaweiten „Nein“. Eine lückenlose Kennzeichnung der Produkte sichert eine wirkliche Wahlfreiheit für Verbraucher und Produzenten. Für nicht-zugelassene GVO muss die Nachweisgrenze gelten (Null-Toleranz). Das betrifft auch für Futtermittelimporte. Die Patentierung von Genen und in der Natur vorkommenden Substanzen lehnt DIE LINKE ab.

5. Wie sollte die Förderung der erneuerbaren Energien künftig aussehen (Steuervorteile, Beimischungen etc.)?

In Europa stehen Anbauflächen für Biomasse nur begrenzt zur Verfügung, Nahrungsmittel für die Selbstversorgung haben Vorrang. Die Nutzung von Flächen für Agrarexporte sehen wir kritisch. Dafür sollten solche Flächen für einen sinnvollen Anbau von Biomasse genutzt werden, wobei die Strom-Wärmeerzeugung Vorrang vor Kraftstoffnutzung haben muss. Die Beimischungspflicht von Biokraftstoffen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir die Produktion von Pflanzenölen und Biodiesel für den Eigenbedarf in der Land- und Forstwirtschaft sowie in geschlossenen Flottensystemen, z.B. regionalen Busunternehmen, gezielt fördern. Wir wollen eine umweltverträgliche Biogas-Produktion stärken, weil Energieertrag und Klimaschutzbeitrag hier am höchsten sind. Dabei müssen die politischen Rahmenbedingungen verlässlich sein.

6. Sollte die EU am Auslaufen der Milchquotenregelung zum 30. April 2015 unverändert festhalten?

Die bisherige Milchquotenregelung hat nicht funktioniert. Sie hat zur strukturellen Überproduktion beigetragen. Die Mengenregulierung war zu unflexibel. DIE LINKE will eine flächendeckende Milcherzeugung erhalten. Dafür brauchen wir politische Rahmenbedingungen, die den Einfluss der Erzeugerbetriebe auf die Bildung kostendeckender Erzeugerpreise stärken und eine Steuerung der Angebotsmenge mit Ausrichtung auf den innereuropäischen Verbrauch ermöglichen. Eine sich flexibel regulierende, gebündelte Angebotsmenge wäre ein Modell.

7. Können Sie sich vorstellen, die fünfprozentige Milchquotenerhöhung bei den Überprüfungen 2010 und 2012 zurückzunehmen?

Die bereits beschlossenen Milchquotenerhöhungen haben das Überangebot weiter erhöht und damit den Preisdruck verstärkt. In der Folge sind die Preise in historischem Ausmaß gesunken, der Strukturwandel wurde beschleunigt. Milcherzeuger in allen Regionen und allen Strukturen stehen unter existenziellen Druck. Aus Sicht der LINKEN muss das Überangebot sofort reduziert werden.

europäische Agrarpolitik

4. Sind Sie grundsätzlich gegen Exporterstattungen für Agrarprodukte?

Die Exportförderung hat in der Vergangenheit mehr Schaden als Nutzen gebracht. Die Stabilisierung der Einkommen europäischer Landwirte wurde allenfalls kurzzeitig erreicht, und das zumeist auf Kosten der Landwirtschaft in den ärmeren und armen Ländern. Die LINKE ist daher grundsätzlich gegen Exporterstattungen und sieht die Exportorientierung der Landwirtschaft generell kritisch.